

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

28. Sitzung des Gemeinderats Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 30.09.2025

Vorsitz	Ratspräsident	Reto Schindler
Anwesend	Gemeinderat	29 Ratsmitglieder
	Stadtrat	Christoph Fischbach Kurt Hottinger Roger Isler Gaby Kuratli Mark Wisskirchen
Protokoll	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Jennifer Murati, Die Mitte Sigi Sommer, SP André Gerber, SVP
	Stadtrat	René Huber Regula Kaeser-Stöckli
	Verwaltung	Thomas Peter Marc Osterwalder
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 19:15 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Reto Schindler eröffnet die 28. Sitzung des Gemeinderats Sitzung der 14. Legislaturperiode vom Dokument und stellt die Anwesenheit von 29 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ratspräsident, Reto Schindler: *Liebe Anwesende, ich begrüsse Sie zur 28. Gemeinderatssitzung der 14. Legislaturperiode. Ich möchte auch die Zuschauer begrüssen. Es sind jetzt leider nicht mehr so viele wie auf dem Stadtplatz. Nach Präsenzliste sind 28 Mitglieder anwesend. Entschuldigt sind Sigi Sommer, SP, André Gerber, SVP, Jennifer Murati, Mitte. Der Gemeinderat ist also abschlussfähig. Jetzt sind es 29, Silvan Eberhard ist auch da. Vom Stadtrat sind folgende Entschuldigungen eingegangen: Stadtpräsident René Huber und Vizestadtpräsidentin Regula Käser-Stöckli. Auch von der Verwaltung haben sich Thomas Peter und Marc Osterwalder entschuldigt.*

Traktandenliste

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

- 1 Mitteilungen des Gemeinderats
- 2 Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten - Ursachen, Verantwortung und Kommunikation; Beantwortung / Stellungnahme
- 3 Interpellation 14118; Sandra Eberhard, SVP; Steuerpolitik und wirtschaftliche Lage; Begründung
- 4 Interpellation 14119; Thomas Schneider, SVP; Wie geht es weiter mit dem alten Sternen; Begründung
- 5 Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Irene Frischknecht ab 01.10.2025

Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten - Ursachen, Verantwortung und Kommunikation; Beantwortung / Stellungnahme

Daniel Körner, FDP, und Mitunterzeichnende haben am 10. Juli 2025 die folgende Interpellation eingereicht:

In der Bevölkerung besteht eine zunehmende Sensibilisierung für die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Kloten – insbesondere bei neu erstellten Wohnungen. Die Sorge um bezahlbaren Wohnraum reicht dabei längst über ideologische Linien hinaus und betrifft auch breite Kreise in der politischen Mitte und im bürgerlichen Lager. Diese Sorgen nehmen wir ernst.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass die öffentliche Diskussion über Mietpreise bei Neubauten teilweise losgelöst von den realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geführt wird. So wird selten beleuchtet, welche Faktoren – etwa Baukosten, gesetzliche Standards oder qualitative Anforderungen – einen direkten Einfluss auf die Mietpreisbildung haben.

Ein faktenbasierter, transparenter Diskurs ist notwendig, damit die Wohnungspolitik der Stadt Kloten realitätsnah und zukunftsgerichtet gestaltet werden kann. Diese Interpellation soll dazu beitragen, Verständnis für die Zusammenhänge zu schaffen und aufzuzeigen, in welchem Rahmen sich die Stadt Kloten bewegen kann – sowohl planerisch als auch kommunikativ.

Deshalb stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

- 1.) Wie haben sich die durchschnittlichen Erstellungskosten pro m² Wohnfläche bei Neubauten in Kloten in den letzten zehn Jahren entwickelt? (inkl. Angabe relevanter Kostentreiber wie Energieeffizienzvorgaben, Materialpreise, Bauvorschriften usw.)?*
- 2.) Welche Auswirkungen haben gesetzliche Anforderungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, ökologische Umgebungsgestaltung und Barrierefreiheit auf die Baukosten – und damit indirekt auf die Mietpreise?*
- 3.) Wie beurteilt der Stadtrat den Zielkonflikt zwischen wünschbaren Qualitätsanforderungen (z.B. ökologischer Baustandard, hochwertige Gestaltung) und dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum?*
- 4.) Welche Spielräume und Grenzen hat die Stadt Kloten, um bei Neubauprojekten in privater Hand Einfluss auf die Mietpreisgestaltung zu nehmen? Wie könnte die geplante Wohnraumstrategie hier unterstützend wirken?*
- 5.) Wie beurteilt der Stadtrat die Forderung nach flächendeckenden Vorgaben zu Mietzinsobergrenzen oder Quoten für Kostenmieten bei Neubauten? Welche Auswirkungen hätten solche Eingriffe auf Investitionsbereitschaft, Wohnraumangebot und Standortattraktivität?*
- 6.) Ist der Stadtrat bereit, bei künftigen Bauprojekten eine aktive, transparente Kommunikation zu Mietpreisen, Bauqualität und rechtlicher Zuständigkeit zu führen, um falsche Erwartungen und Enttäuschungen zu vermeiden?*

Besten Dank für die fristgerechte Beantwortung meiner Fragen.

Beantwortung

Allgemeine Erläuterungen

Die angespannte Lage auf dem schweizerischen Wohnungsmarkt macht sich auch in Städten wie Kloten bemerkbar. Dort kann das Angebot an bezahlbarem Wohnraum infolge von Zinssteigerungen, Bauteuerung und knapper werdendem Bauland nicht mit dem Arbeitsplatzwachstum, dem Bevölkerungszuwachs und dem steigenden Flächenverbrauch pro Person Schritt halten (WBF, 2024¹). Insbesondere die Situation bei Neubauten hat sich im Vergleich zu bestehenden Bauten und etablierten Mietverhältnissen massiv verschärft. Seit 2005 sind im Kanton Zürich die Mieten durchschnittlich um 12 % gestiegen, die Einkommen sogar um 18 %. Dadurch bleibt die durchschnittliche Wohnkostenbelastung zwar ähnlich wie vor rund 20 Jahren. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede: Neumieten sind heute 25 % teurer, während bestehende Mietverträge im Schnitt um 7 % günstiger geworden sind (Amt für Wirtschaft und Arbeit, 2023²).

Gemäss der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS) wurden in Kloten 13 % der Wohnungen nach 2010 und 4 % nach 2020 gebaut. Dies zeigt, dass die Neubauten einen substanziellen, jedoch nicht übermässigen Anteil am Gesamtmarkt ausmachen. Die Leerwohnungsziffer lag in Kloten Anfang 2024 bei 0.53 % mit sinkender Tendenz, was auch erste Auswertungen des sozialräumlichen Monitorings Kloten bestätigen. Folglich gibt es auf dem Markt verhältnismässig wenige ältere und preisgünstigere Wohnungen. Die hohen Mieten bei Neubauten machen nicht nur einkommensschwachen Haushalten zu schaffen, sondern setzen auch den Mittelstand und insbesondere Familien unter Druck.

Es stellt sich die Frage, welche Faktoren tatsächlich hinter den hohen Mietpreisen bei Neubauten stecken und wie realistisch diese Aspekte in der öffentlichen Debatte berücksichtigt werden. Die durch die Bauteuerung verursachten höheren Baukosten und die durch veränderte Vorschriften und Qualitätsstandards verursachten zusätzlichen Kosten wirken sich massgeblich auf die Mietpreise aus. Höhere Kosten sind jedoch nicht der einzige relevante Faktor und oft ist er auch nicht ausschlaggebend.³ Weitere Ursachen für eine Verteuerung der Mietpreise ist eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Wohnraum als Folge von demografischen Entwicklungen, gesellschaftlicher Veränderung und des steigenden Flächenbedarfs als Folge der Individualisierung. Der dynamischen Nachfrage stehen knappe Landreserven gegenüber. Bei den gestiegenen Mietpreisen handelt es sich damit vor allem um ein Knappheitsproblem⁴, dessen Ursache in den stark steigenden Baulandpreisen begründet liegt. Ein sachlicher und offener Austausch könnte dazu beitragen, die Wohnraumplanung in Kloten besser auf die tatsächlichen Gegebenheiten abzustimmen und eine in die Zukunft gerichtete Wohnungspolitik zu ermöglichen.

Antwort zu den einzelnen Fragen

1. *Wie haben sich die durchschnittlichen Erstellungskosten pro m² Wohnfläche bei Neubauten in Kloten in den letzten zehn Jahren entwickelt? (inkl. Angabe relevanter Kostentreiber wie Energieeffizienzvorgaben, Materialpreise, Bauvorschriften usw.)?*

¹ <https://backend.bwo.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-bwoadminch-files/files/2025/02/12/a558ced0-4631-4a6a-878c-6a364ed68583.pdf>

² Amt für Wirtschaft und Arbeit. (2023). Zürcher Wirtschaftsmonitoring. Fachstelle Volkswirtschaft AWA.

³ z.B. CRED Universität Bern / IAZI AG (2023), S.39.: «...im beachteten Zeitraum von 2010 bis 2021 die Baukosten vermutlich nicht der ausschlaggebende Faktor für die gestiegenen Wohnkosten waren.» Link: https://www.cred.unibe.ch/unibe/portal/fak_wiso/wiso_kzen/cred/content/e54603/e274780/e277402/e1430740/UrsachenSteigenderWohnkosten_D_ger.pdf

⁴ Vgl. auch Fahrländer S., S. Kloess (2024) «Immobilienökonomie, Lehrbuch in zwei Bänden, 2. erweiterte Auflage», Verlag SIV, St. Gallen, S.182ff.

Gemäss den Baukostenmodellen von FPRE/PBK betragen die Erstellungskosten eines Mehrfamilienhauses in Mindeststandard und bei durchschnittlicher Ausstattung rund 2'785 CHF pro m² Geschossfläche (GF). Ein vergleichbares Objekt mit erhöhten Nachhaltigkeitsanforderungen (Passivhaus) kostet in der Erstellung etwa 150 CHF mehr pro m² GF. Ein Passivhaus erfüllt höchste Anforderungen an die Energieeffizienz und liegt damit eher am oberen Ende gängiger Nachhaltigkeitsstandards. Der Anteil der Gebäude, die diesem Standard entsprechen, bleibt jedoch im tiefen einstelligen Prozentbereich und macht keinesfalls ein Grossteil der Neubauten aus.

Im Vergleichszeitraum 2015 - 2025 ist der Landesindex für Konsumentenpreise um rund 8 % angestiegen. Gemäss dem Baukostenindex des Bundesamtes für Statistik sind die Baupreise im Neubau von Mehrfamilienhäusern seit 2015 jedoch um 17 % angestiegen. Während sich die Kosten zwischen 2015 und 2020 tendenziell seitwärts bewegten, sind sie zwischen 2021 und 2023 deutlich angestiegen. Seit 2020 steigen sie gemäss BFS nur noch geringfügig. Grund für den deutlichen Anstieg der Baukosten in den vergangenen zehn Jahren waren hauptsächlich die stark gestiegenen Materialpreise. Laut KBOB ist der Materialpreisindex zwischen Januar 2015 und Juni 2025 um 16 % gestiegen. Wenn man davon ausgeht, dass die Materialkosten ca. 40 % der Baukosten umfassen, würden 6,4 % der gestiegenen Gesamtkosten alleine auf höhere Materialkosten entfallen.

Inwieweit sich die Bauvorschriften auf die Preise ausgewirkt haben, ist vom jeweiligen Objekt abhängig und lässt sich nicht exakt beziffern. Strengere Vorschriften, z.B. im Bereich Barrierefreiheit oder ökologischer Nachhaltigkeit verteuern zwar den Bau. Hinzu kommt aber, dass aufgrund steigender Ansprüche auch der Ausbaustandard angehoben wird mit entsprechen Auswirkungen auf die Baukosten neu erstellter Wohnungen.

2. *Welche Auswirkungen haben gesetzliche Anforderungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, ökologische Umgebungsgestaltung und Barrierefreiheit auf die Baukosten – und damit indirekt auf die Mietpreise?*

Wie oben erwähnt, ist eine exakte Bezifferung der Auswirkungen von gesetzlichen Anforderungen nicht möglich. Unbestritten bleibt, dass ein Einfluss vorhanden ist. Neben der Verteuerung der Bauten können durch nachhaltige Lösungen aber auch die Betriebskosten (Energiekosten) und Instandsetzungskosten (Einbau von langlebigen Baumaterialien) gesenkt werden. Inwieweit die einzelnen Vorschriften zu Umgebungsgestaltung, Barrierefreiheit oder Energie, einen Einfluss auf die Preisbildung in konkreten Bauprojekte haben, kann nur schwer abgeschätzt werden.

In der Studie «Günstiger» Mietwohnungsbau ist möglich (FPRE et al., 2012⁵) hat FPRE aufgezeigt, dass der Hebel bei Mietpreisen bei anderen Kosten liegt. Höhere Energie- und Ausbaustandards und verschärfte gesetzliche Vorgaben führen zwar zu höheren Erstellungskosten. Mindestens gleich wichtig sind aber auch angemessene Wohnungsgrössen und eine optimierte Flächeneffizienz. Darüber hinaus bietet die Standardisierung von Bauteilen auch Spielraum für Kostensenkungen. Mit entsprechenden Massnahmen lassen sich die Baukosten so um bis zu 15 % senken.

Neben den Erstellungskosten haben aber vor allem die Baulandpreise einen deutlichen Einfluss auf die Anlagekosten und damit auch auf die Mietpreise. In der Stadt Kloten sind gemäss Zahlen des kantonalen statischen Amtes die modellbasierten Preise für Wohnbauland um 47 % gestiegen (von 1'145 CHF/m² im Jahr 2015 auf 1'680 CHF/m² im 2024⁶). Der Anstieg der Mietpreise war im selben Zeitraum deutlich geringer und betrug in der MS-Region Glattal-Furtal rund 8 % (FPRE⁷).

⁵ https://fpre.ch/wp-content/uploads/guenstig_wohnen_technischer_bericht.pdf

⁶ <https://www.zh.ch/de/planen-bauen/raumplanung/immobilienmarkt/bodenpreise.html>

Dies zeigt, dass an zentralen Lagen eine nachhaltige Bauweise und die erhöhten Erstellungskosten einen geringeren Einfluss auf die Anlagekosten und somit auf die Mietpreise haben als die Landwertsteigerung durch die starke Nachfrage.

3. *Wie beurteilt der Stadtrat den Zielkonflikt zwischen wünschbaren Qualitätsanforderungen (z.B. ökologischer Baustandard, hochwertige Gestaltung) und dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum?*

Der Stadtrat erkennt den Zielkonflikt zwischen wünschenswerten Qualitätsanforderungen, wie einem ökologischen Baustandard und hochwertiger Gestaltung, und dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere in der Anfangsphase können höhere Anforderungen an die Bauqualität die Preise erhöhen und damit den Zugang zu preisgünstigem Wohnraum erschweren. Dabei ist allerdings zu betonen, dass die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Nachhaltigkeit für alle Bauvorhaben verbindlich ist. Qualitätsanforderungen, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen, liegen dagegen im Ermessen der Bauherrschaften.

Gestaltungsplanungen und Arealüberbauungen haben zwingend eine besonders gute Gesamtwirkung zu erzielen, was höhere Qualitätsanforderungen nach sich zieht und das Bauen grundsätzlich verteuert. Sie ermöglichen aber gegenüber der Regelbauweise eine höhere bauliche Dichte, was zu einer effizienteren Bauweise führt und so Kosten eingespart werden können.

4. *Welche Spielräume und Grenzen hat die Stadt Kloten, um bei Neubauprojekten in privater Hand Einfluss auf die Mietpreisgestaltung zu nehmen? Wie könnte die geplante Wohnraumstrategie hier unterstützend wirken?*

Die Stadt hat mehr Grenzen als Spielräume, um auf die Mietpreisgestaltung von Privaten Einfluss zu nehmen, da entsprechende rechtliche Grundlagen fehlen. Nur bei Projekten, die aufgrund von Gestaltungsplanungen oder Umzonungen eine höhere Ausnützung erlauben, kann anstelle der Mehrwertabgabe ein städtebaulicher Vertrag mit der Vorgabe von preisgünstigem Wohnen ausgearbeitet werden (§ 19 Abs. 6 MAG). Der städtebauliche Vertrag setzt jedoch eine gegenseitige Zustimmung voraus.

Das Ziel der Wohnraumstrategie ist es, politisch tragfähige Massnahmen zu formulieren, welche konkrete Verbesserungen in Bezug auf die Wohnraumpolitik bringen. Mögliche Ansätze, wie wir sie aus anderen Städten kennen sind Landerwerb, Vorverkaufsrecht oder Anreize für Investoren. Diese und weitere Möglichkeiten werden im Rahmen der Wohnraumstrategie zwischen Fraktionsvertreterinnen und -vertretern, Stadträten sowie Fachexpertinnen und -experten erarbeitet und ausgehandelt.

5. *Wie beurteilt der Stadtrat die Forderung nach flächendeckenden Vorgaben zu Mietzinsobergrenzen oder Quoten für Kostenmieten bei Neubauten? Welche Auswirkungen hätten solche Eingriffe auf Investitionsbereitschaft, Wohnraumangebot und Standortattraktivität?*

Im Grossraum Zürich und speziell in der Flughafenstadt Kloten bestehen aktuell keine akuten Bedenken, dass die Investitionsbereitschaft oder die Standortattraktivität gefährdet sind. Vor diesem Hintergrund ist mit einer weiterhin stabilen Bautätigkeit zu rechnen, sodass das gesamthafte Wohnraumangebot dadurch nicht eingeschränkt wird. Ob flächendeckende Mietzinsobergrenzen rechtlich zulässig oder feste Quoten für preisgünstigen und familienfreundlichen Wohnraum in einzelnen Quartieren praktikabel sind, wird im Rahmen der Wohnraumstrategie analysiert.

Bei Gestaltungsplanungen und Arealüberbauungen gilt es sorgfältig zwischen gestellten Qualitätsanforderungen und damit erzeugten Bauverteuerungen abzuwägen. Werden zu hohe Qualitätsanforderungen erstellt, könnte die Bauherrschaft aus ökonomischen Gründen auf das Bauprojekt verzichten oder alternativ eine Regelüberbauung realisieren. In der Abwägung muss immer der Einzelfall beurteilt werden. Flächendeckende Vorgaben würden der Einzelfallbeurteilung zuwiderlaufen.

6. *Ist der Stadtrat bereit, bei künftigen Bauprojekten eine aktive, transparente Kommunikation zu Mietpreisen, Bauqualität und rechtlicher Zuständigkeit zu führen, um falsche Erwartungen und Enttäuschungen zu vermeiden?*

Der Stadtrat setzt sich für transparente Kommunikation bei Bauprojekten ein und informiert frühzeitig über relevante Aspekte. Verbindliche Aussagen zur Bauqualität sind im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben möglich. Aussagen zu Mietpreisen können nur von der Bauherrschaft gemacht werden.

Gestaltungsplanungen werden gemäss § 7 Abs. 2 PBG während 60 Tagen öffentlich aufgelegt. Die Auflagen werden ordentlich publiziert. Jedermann kann während der Auflage sogenannte Einwendungen einreichen. Der Gemeinderat wird über bevorstehende Auflagen informiert.

Beschluss Stadtrat:

Der Stadtrat genehmigt die Antwort zur Interpellation von Daniel Körner (FDP) betreffend " Mietpreise bei Neubauten in Kloten – Ursachen, Verantwortung und Kommunikation". Er bittet den Interpellanten um Kenntnisnahme.

Beschluss:

1. Die Antwort des Stadtrats betreffend die Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten - Ursachen, Verantwortung und Kommunikation wird zur Kenntnis genommen und die Interpellation gilt als stillschweigend abgeschlossen.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Dann kommen wir zum ersten Traktandum. Das ist die Interpellation 13916; Daniel Körner, FDP; Mietpreise bei Neubauten in Kloten; Ursachen, Verantwortung und Kommunikation; Beantwortung und Stellungnahme. Am 10. Juni 2025 wurde die Interpellation von Daniel Körner eingereicht. Die Antwort vom Stadtrat ist am 18. September 2025 mit dem Stadtratsbeschluss 278-225 allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden. Der Ablauf ist folgender: Zuerst die Stellungnahme des Interpellanten Daniel Körner. Dann eine allfällige Wortmeldung aus dem Stadtrat und Diskussion im Gemeinderat. Daniel Körner, FDP, ich bitte dich um Stellungnahme.

FDP-Fraktion, Daniel Körner: Geschätzte Stadträte, liebe Ratsmitglieder, Zuschauer und Presse. Ich danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die sehr ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Sie zeigt eindrücklich, welche Faktoren tatsächlich hinter den hohen Mietpreisen bei Neubauten in Kloten stehen und sie widerlegt somit einiges an Schlagwörtern, die wir in diesem Rat von linker Seite immer wieder hören. Der Stadtrat sagt klar, die Baukosten sind in den letzten zehn Jahren um 17 Prozent gestiegen. Vor allem durch Materialpreise und gesetzliche Vorgaben. Noch viel stärker ins Gewicht fällt aber der Bodenpreis. Allein in Kloten ein Anstieg von 47 Prozent seit 2015. Und auch da müssen wir ehrlich sein, einer der Gründe für die massiv gestiegenen Bodenpreise sind politische Entscheidungen auf nationaler Ebene. Insbesondere die

eidgenössische Volksinitiative Raum für Menschen und die Natur, die sogenannte Landschaftsinitiative. Genau diese Initiative, getragen und bejubelt von der linken Seite, hat das Bauen restriktiver gemacht und Bauland noch knapper werden lassen. Wer Knappheit schafft, sorgt dafür, dass die Preise steigen. Das ist keine Theorie, sondern Realität. Trotz diesen Fakten hören wir von linker Seite immer wieder die gleichen Vorwürfe. Investoren seien profitgierig, Profitheie, die die Mieterinnen und Mieter ausnehmen. Doch die Beantwortung des Stadtrats zeigt schwarz auf weiss, das ist nicht die Realität. Gründe für steigende Mieter liegen nicht in angeblicher Habgier von Investoren, sondern in massiv höheren Landpreisen, gestiegenen Materialkosten und zusätzlichen, gesetzlichen Standards. Investoren sind in diesem Umfeld überhaupt nur dann bereit zu bauen, wenn sich Projekte rechnen. Ohne Investoren gibt es schlicht keinen neuen Wohnraum. Wenn also die Linken rufen, Genossenschaften seien das Allheilmittel und man müsse nur noch Kostenmiete festschreiben, am liebsten 50% oder gar 100%, wie Max Töpfer beim Projekt Claudunum gefordert hat, dann frage ich: Wie sollen die Genossenschaften günstiger bauen, wenn der Bodenpreis explodiert? Auch sie müssen Land erwerben und unterstehen denselben Standards. Das ist eine Illusion, die die Realität ausblendet und damit keine Lösung, sondern eine politische Beruhigungstablette. Der Stadtrat hat ebenfalls bestätigt, dass der Zielkonflikt real ist. Je mehr ökologische Standards, je höhere architektonische Ansprüche, desto teurer wird es zu bauen. Wer wirklich bezahlbaren Wohnraum will, muss auch hier ehrlich sein. Man kann nicht alles gleichzeitig haben. Höchste Standards, maximale Nachhaltigkeit und gleichzeitig Mieten weit unter dem Markt. Besonders absurd wird es dann, wenn gefragt wird, dass Neubauten praktisch zu 100% als Kostenmiete erstellt werden sollen. Das klingt zwar gut in den Schlagzeilen, führt aber in der Realität dazu, dass schlicht niemand mehr baut. Und ohne Neubauten gibt es am Ende weniger Wohnraum, also genau das Gegenteil von dem, was wir erreichen wollen. Der Stadtrat macht auch deutlich, die Stadt hat nur sehr begrenzt Spielraum, um auf private Mietpreisgestaltungen Einfluss zu nehmen. Nur bei Gestaltungsplanungen und Umzonungen gibt es gewisse Möglichkeiten, etwa durch städtebauliche Verträge. Aber auch diese sind nur im Einzelfall möglich und setzen die Zustimmung aller Beteiligten voraus. Eine generelle Steuerung, wie es die Linken gerne hätten, ist schlicht nicht machbar. An die Kritiker, die die Interpellation für überflüssig gehalten haben, möchte ich noch sagen, genau das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben mit dieser Interpellation Fakten geschaffen und Erkenntnisse erhalten. Und wer die Beantwortung genau durchliest, dem werden auch schon zwei, drei konkrete Lösungsansätze aufgezeigt. Damit haben wir der neu gegründeten Begleitgruppe Wohnraumstrategie, von welcher die erste Sitzung erst am 14. November stattfinden wird, einen klaren Auftrag mitgegeben. Die Gruppe startet nicht bei Null, sondern mit einer inhaltlichen Grundlage. Das ist ein Mehrwert für Kloten. Wir als FDP-Kloten wünschen uns darum ausdrücklich, dass die Beantwortung des Stadtrats in die Ausarbeitung der Wohnraumstrategie einfließt und wir sagen klar, wir lassen uns auch in Zukunft nicht den Mund verbieten. Sollten die Fakten und Zusammenhänge, die der Stadtrat in seiner Antwort dargelegt hat, sowie unsere Vorschläge nicht genügend berücksichtigt werden, werden wir weitere Vorstösse in den Rat bringen. Geschätzte alle, die Beantwortung zeigt eines ganz deutlich. Es braucht mehr Sachlichkeit, weniger Ideologie und keine unrealistischen Forderungen. Wer wirklich bezahlbaren Wohnraum will, muss die realen Kostentreiber anerkennen. Von Baukosten bis Bodenpreisen und gleichzeitig die Investitionsbereitschaft sichern. Genau dafür steht der FDP Kloten. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Daniel Körner für deine Stellungnahme. Ich frage Roger Isler als Stadtrat, als zuständigen Ressortvorsteher, möchtest du das Wort? Nicht? Somit gilt, äh nein, natürlich zuerst die Diskussion im Gemeinderat. Wer will? André Gerber, GLP, André Käser. Entschuldigung. So schnell geht's.

GLP-Fraktion, André Käser: Herr Präsident, werte Mitglieder des Stadtrats, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Die Antwort des Stadtrats auf die Interpretation macht deutlich, veränderte ökologische Vorschriften und Qualitätsstandards sind nicht der Hauptgrund für steigende Mieten. Ich war nicht ganz sicher, Daniel, ob wir die gleiche Antwort gelesen haben. Im Gegenteil, nachhaltiges Bauen kann Kosten im Bau und Unterhalt sogar senken. Die eigentlichen Preistreiber sind ganz

andere, die massiv gestiegenen Landpreise, gerade in zentralen Lagen, wie bei uns in Kloten, und die teurer gewordenen Baumaterialien. Nicht ökologisches und nachhaltiges Bauen macht Wohnen teurer, sondern die Bodenknappheit und der Druck auf die Nachfrage. Ja, und bei der Bodenknappheit würde es mich dann wundern, wie die rechte Seite, das würde einschätzen, welches Kulturland, wir jetzt aufgeben könnten, in Kloten, um Wohnungen zu bauen. Wir anerkennen, dass der Stadtrat mit der Schaffung der Kommission zu der Wohnraumstrategie verschiedene Möglichkeiten prüfen möchte, um das Wohnen in Kloten attraktiv zu halten. Das ist wichtig, aber wir erwarten auch, dass die Debatte rund um das Wohnen nicht komplett aus dem Parlament verdrängt wird, wie wir es beim Thema Energie erlebt haben. Aber du, Daniel, hast ja angekündigt, dass du dich auch wieder mit Vorstössen melden möchtest, wenn das nicht der Fall sein sollte. Das Thema Wohnen, Umweltenergie gehört in die breite politische Diskussion. Da sind die Damen auf der Tribüne sicher einig mit mir. Und wie schon bei anderer Gelegenheit gesagt, ist Wohnen halt einfach kein normales Konsumgut. Es ist kein Auto und keine Pizza. Niemand kann sagen, auf das verzichte ich. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Pflichtkonsum und die Mietenden bewegen sich in einem Markt, welcher für viele unübersichtlich und undurchsichtig wirkt. In Artikel 109 der Bundesverfassung steht, der Bund erlässt Vorschriften gegen Missbräuche im Mietwesen, namentlich gegen missbräuchliche Mietzinse. Und in Artikel 269 OR steht, Mietzinsen sind missbräuchlich, wenn damit ein übersetzter Ertrag erzielt wird. Das Problem ist, was genau übersetzter Ertrag ist, haben die rechtsbürgerlichen Mehrheiten in Bundesbern nie klären wollen. Sie überlassen es lieber den Gerichten und machen Richterinnen und Richter damit zu Ersatzgesetzgebern. Das ist nicht nur unsauber, sondern demokratiethoretisch problematisch. Da sollte die SVP eigentlich einig sein mit mir. Zu hohe Mieten sind verboten, aber es gibt niemanden, der das systematisch kontrolliert. Die Frage ist klar. Die Folge ist klar. Viele zahlen Monat für Monat hunderte Franken zu viel. Nicht freiwillig und nicht aus Unwissenheit, sondern weil die Regeln nicht durchgesetzt werden. Das ist kein funktionierender Markt. Ein Markt braucht klare Regeln und die Regeln müssen durchgesetzt werden. Wir würden auch nicht auf die Idee kommen, Verkehrsschilder aufzustellen und auf die Polizei zu verzichten. Beim Wohnen machen wir genau das. Darum führt aus meiner Sicht nichts an griffigen Mietzinskontrollen vorbei. Wir brauchen ein System, in dem die Eigentümerinnen und Eigentümer und Verwaltungen verpflichtet sind, regelmässig nachzuweisen, dass ihre Mietzinse rechtmässig sind. Nur so entsteht Vertrauen, nur so wird der Markt fair, auch wenn die Wohnungen vielleicht gleich teuer bleiben. In Bern hat der GLP-Nationalrat Beat Flach eine Motion eingereicht, die genau das fordert, eine gesetzlich definierte, maximal zulässige Netto-Rendite und ein einheitliches System zur Berechnung von Mietrenditen. Natürlich dürfen wir alle realistisch sein, die Motion wird vermutlich in der Wintersession von der rechtskonservativen Mehrheit von FDP, SVP und Mitte in Bern versenkt. Offenbar stellen sich diese Parteien lieber auf die Seite von denjenigen Immobilienbesitzern, welche mit übersetzten Renditen enorme Gewinne erzielen, als auf die Seite der vielen Mieterinnen und Mieter, die Monat für Monat hunderte Franken zu viel zahlen. Und ganz wichtig, nicht alle Immobilienbesitzerinnen und -besitzer erzielen eine überhöhte Rendite. Das muss da auch ganz klar gesagt sein. Aber alle Immobilienbesitzer, die sich jetzt schon an die geltende Rechtsprechung halten, denen dürfte es relativ einfach fallen, das nachzuweisen, weil sie alle entsprechende Unterlagen schon zusammen haben. Und sowieso, niemand muss in Immobilien investieren und sich mit den entsprechenden administrativen Arbeiten auseinandersetzen. Aber wir alle müssen wohnen. Darum ist die Sache für mich klar, wir brauchen griffige Mietzinskontrollen. Wir brauchen Transparenz, die nicht freiwillig ist, sondern verbindlich. Die Regeln sind da, sie sind demokratisch legitimiert, jetzt müssen wir sie endlich konsequent umsetzen. Ja, liebe Mieterinnen und Mieter im Saal, wendet euch an eure Parlamentarier vom Vertrauen in Bern, dass sie die Motion unterstützen. Es liegt vieles ausserhalb der Zuständigkeit der Stadt Kloten und muss auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene geklärt werden. Und was wir hier in Kloten machen können und wir uns dafür einsetzen, ist, dass die Stadt Kloten bei städtischen Bauten genossenschaftliche Bauträger bevorzugt, zum Beispiel, wie angesprochen, in Claudunum und damit günstigen Wohnraum für Klotenerinnen und Klotenerschaft. Dass die Stadt bei Arealüberbauungen einen Anteil kostengünstigen Wohnraums fordert, Dass die Stadt Kloten zum Beispiel Liegenschaften erwirbt, wie zum Beispiel an der Ecke Dorfstrasse-Gerlisbergstrasse und zu einer

anderen Liegenschaft kommen wir ja später noch, wo man sich vielleicht auch überlegen müsste, zu kaufen. Dass die Stadt Kloten aktiv daran arbeitet, und das ist jetzt auch ganz wichtig, bei der Bevölkerung ein breites Verständnis für die innere Verdichtung in der Stadt zu schaffen und entsprechende Ängste abzubauen. Steinacker lässt grüssen. Da kann man nämlich auch höher und mehr bauen an diesen Plätzen, die man jetzt schon bauen darf, ohne neues Land zu erschliessen. Und ja, weiter müssen wir uns ganz persönlich alle auch die Frage gefallen lassen, ob wir wirklich so viel Raum benötigen wollen, wie wir es aktuell machen. Je mehr Quadratmeter pro Person verbraucht werden, umso knapper und teurer wird das Angebot. In diesem Sinne wünsche ich der Kommission Wohnraumstrategie gutes Gelingen und hoffe, dass kluge Lösungen für unsere Bevölkerung gefunden werden, sodass Kloten auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt mit erschwinglichen Mietzinsen für alle Klotenerinnen und Kloten bleibt. Merci.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, André Käse, für dein Votum. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Diana Diaz, Grüne.

Grüne Fraktion, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, als erstes möchte ich Daniel für die Einreichung der Interpellation danken und auch dem Stadtrat für die ausführlichen Antworten. Genau wie André, habe ich mich auch gefragt, ob wir die gleiche Antwort gelesen haben? Denn ich ziehe aus den Antworten des Stadtrats ganz andere Schlüsse. In meinem Verständnis kann man zusammenfassend sagen, die Haupttreiber für die steigenden Mietpreise sind nicht die Regulierungen, sondern vor allem die Baulandpreise. Das Problem ist die Knappheit und wo die Knappheit herrscht, können die Investoren die Preise in die Höhe treiben. Das Narrativ von mit dem Finger auf die Vorschriften zeigen und die Standards sind das Problem, greift darum eindeutig zu kurz. Es wird Zeit, mit diesen Schuldzuweisungen aufzuhören. Wir von den Grünen sind überzeugt, dass ökologische und soziale Ziele zusammengehen müssen. Kompaktere Wohnungsgrundrisse, gemeinschaftliche Infrastrukturen, kosteneffiziente Bauweisen sind alles Faktoren, die zu tieferen Kosten für die Bewohner:innen führen könnten. Und gleichzeitig würden sie uns auch helfen, die Klimaziele zu erreichen. Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit sind keine Gegensätze und müssen zusammen gedacht werden. Zudem dürfen wir keine Angst haben, dass durch Forderungen nach bezahlbaren Wohnungen und nachhaltigen Wohnungen nicht mehr investiert wird. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, dass die Bautätigkeit stabil bleibt. Und genau darum müssen Investor:innen stärker in die Verantwortung genommen werden. Gerade bei Gestaltungsplänen, städtebaulichen Verträgen und städtischen Liegenschaften hat die Stadt konkrete Möglichkeiten, sozialverträgliche Mietpreise zu fordern und einen Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen. Wir Grünen werden darum die Forderungen und Perspektiven in die Begleitgruppe der Wohnraumstrategie tragen und uns für bezahlbare und nachhaltige Wohnungen einsetzen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Diana Diaz für das Votum. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Anita Egg, SP.

SP-Fraktion, Anita Egg: Liebe Anwesende, auch ich habe die Beantwortung des Stadtrats sehr gut und informativ gefunden. Vielen Dank. Man sieht, man hat nicht viele Möglichkeiten zur Beeinflussung des Mietpreises. Ausser, man könnte uns Linke abschaffen, dann wäre das Problem aus der Welt, habe ich nach dem Votum von Daniel Körner den Eindruck. Aber so einfach geht es ja nicht. Viele Möglichkeiten zur Beeinflussung des Mietpreises haben wir nicht. Wenige vielleicht schon. Der Stadtrat erwähnt im Ziel zur Wohnbaustrategie unter anderem den Landeerwerb und auch das Vorkaufsrecht. In der Antwort lesen wir, dass Baulandpreise enorm gestiegen sind und die Landwertsteigerung direkt Einfluss auf Mietzinsen hat. Das hätte ich jetzt nicht mehr sagen müssen, das ist alles schon gesagt worden. Aber ganz frei kann ich nicht sein von meiner Vorlage. Da können wir auch den Hebel ansetzen. Mit dem kommunalen Vorkaufsrecht könnte Bauland der Spekulation entzogen werden. Möglich wäre das mit Geld aus dem Mehrwertausgleich, das für Massnahmen zur Wohnbauförderung gebraucht werden dürfte. Am 30.11. stimmen wir über eine Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum ab und die fordert genau das. Das habe ich gelesen auf einer Homepage, ich

habe nur das Kopfschütteln gesehen. Übrigens, wegen dem Claudunum, das ist ja städtischer Boden. Das ist eine völlig andere Ausgangslage, als wenn man von Bodenspekulationen spricht. Wo könnte man sonst noch Einfluss haben? Wo könnte die Stadt Kloten Unterstützung bieten? Das ist bei den missbräuchlichen Mieten. 2024 sind gerade einmal 0,5% aller Mietverträge rechtlich überprüft worden, obwohl Mieter in der Schweiz im Schnitt rund 360 Franken zu viel an Miete zahlen. Die Beweislast liegt bei den Mietenden. Viele wissen das vermutlich gar nicht, dass sie das Recht hätten, sich da zu wehren oder wissen nicht, wie vorgehen oder trauen sich nicht. Da könnte die Stadtverwaltung ansetzen und so etwas bieten wie eine Erstberatung. Das Thema bezahlbare Mietzins wird uns sicher weiterhin intensiv beschäftigen. Und ich habe jetzt geschrieben, zu hoffen ist, dass die FDP dabei bleibt, auch nach den Wahlen. Aber das hast du bereits versprochen. Darum wäre jetzt der Satz auch hinfällig gewesen. Vielen Dank fürs Zuhören.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals dir, Anita Egg, für dein Votum. Wir kommen zum Votum von Thomas Schneider, SVP. Er hat sich auch gemeldet.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Sehr verehrter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuschauer, Pressevertreter. Eigentlich wollte ich dazu nichts mehr sagen, weil ich schon diverse Mal zu diesem Thema gesprochen habe. Es gibt so zwei, drei Sachen, die jetzt da gesagt worden sind, die ich nicht so im Raum stehen lassen möchte. Einerseits Anita, nein, wir wollen euch nicht abschaffen. Nein, wollen wir nicht. Weil es braucht in der Schweiz immer das Gleichgewicht von beiden Seiten und dann kommen tragfähige Lösungen heraus. Da bin ich auch heute noch überzeugt und das ist meine ganz ehrliche Meinung. Es braucht überall immer das Gleichgewicht. Das Zweite, den Mehrwertausgleich nutzen für Wohnbauförderung geht nicht, ist verboten. Nicht zulässig. Gibt es nicht. Ist ganz klar, geht so nicht. Der nächste Punkt, die FDP hat das jetzt so geschickt umschifft. Die GLP will ein bisschen mehr Regulierung und eine Mietrenditenpolizei. Die Grünen wollen uns gerne erklären, wie viel Wohnraum wir pro Person zur Verfügung haben. Das ist alles gut und recht. Das ist alles gut und recht. Aber Leute, wir haben eine Zuwanderung in diesem Land. Welche einfach, ja, ihr könnt schon lachen, ihr könnt schon grinsen. Wir haben es gehört, der Dani Körner hat das eingehend gesagt, wenn man irgendetwas verknappt, dann wird es teurer. Und eine Verknappung passiert nicht, weil man eine Menge kleiner macht, sondern weil man einfach auch mehr Leute auf diesem Raum loslässt. Und da muss man auch ganz klar sagen, die SVP hat eine Initiative eingereicht oder ist im Unterschriften sammeln im Moment. Für eine Heimatinitiative, die der lokalen Bevölkerung ein gewisses Privileg gibt, wenn ein Anzahl Einwohner in der Schweiz überschritten wird. Ich rechne mit breiter Unterstützung. Wir haben eine Massenzuwanderungsinitiative, wo genau von jenen Leuten, die jetzt in die Verantwortung genommen werden, André, und sagen, ja, ole, wir reichen jetzt eine Motion ein. Ihr seid die Ersten, die gesagt haben, nein, setzen wir nicht um, wir wehren uns gegen einen Volksentscheid. Ganz klar. Und auch da, setzt doch einfach das um, was die Bevölkerung will und was die Bevölkerung entscheidet und hört auf den Volkswillen. Dankeschön.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke dir, Thomas Schneider. Pascal Walt, du kannst nach vorne kommen.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Danke, Reto, liebe Ratsleitung, liebe Anwesende. Danke für die ausführlichen Antworten. Spannend war es, das zu lesen. Vieles haben wir wahrscheinlich nicht gelernt, aber vieles bestätigt gekriegt. Knappheitsproblem, klar. Wir haben eine grössere Nachfrage, als das Angebot ist. Ich glaube, gewisse Statistiken sehen, dass wir in den letzten fünf Jahren nur noch halb so viel gebaut haben Schweizweit, als Leute haben und dafür sind doppelt so viele Leute gekommen. Ergo wird es teurer, gar keine Frage. Bei den Erstellungskosten haben wir mitgekriegt, der Landwert ist der Haupttreiber, das Material ist gemäss dem Leak eigentlich stabil oder ähnlich gestiegen. Die Energievorgaben sind vernachlässigbar und über die Lebensdauer neutral. Bewegungsspielraum, politisch, Fragezeichen, werden wir noch herausfinden müssen. Der Hebel der Stadt Kloten, minimal. Es gibt zwei Varianten, entweder die Nachfrage dämpfen, wir haben es gehört, den Platzbedarf irgendwo limitieren, Anzahl Personen pro Zimmer oder sowas. Oder wir stärken das Angebot, das heisst mehr bauen. Was sind die Rahmenbedingungen, die wir machen können?

Was sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen? Das sind alles so Sachen, offene Fragen, wo ich ganz gespannt bin, wie wir da in der Kommission Wohnraumstrategie damit umgehen. Vielleicht auch ein bisschen an die Grenzen gehen, was machbar ist und was nicht. Und welche weiteren Kenntnisse dort gezogen werden. Die Mitte Kloten stellt sich dort zu dieser Herausforderung und bedankt für den Moment. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Sandra Eberhard, SVP.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: Geschätzte Anwesende, eigentlich nur eine Replik zu Anita. Ich finde nicht, dass man in der Stadt Kloten eine Stelle für solche Überprüfungen schaffen muss. Man kann ganz einfach niederschwellig ans Mietgericht, dort wird informiert, dort wird Auskunft erteilt und wir haben auch eine Anfangsmietzinsformularpflicht im Kanton Zürich, wo man das auch jederzeit während der Miete anfechten und überprüfen lassen kann. Darum wäre das obsolet.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Sandra Eberhard. André Käser, GLP.

GLP-Fraktion, André Käser: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, mit dem Thema Zuwanderung habe ich natürlich ein bisschen gerechnet. Und, das stimmt natürlich, was du gesagt hast, Thomas, wenn man mal mit dem Auto auf Zürich muss, dann muss man eine gute Stunde rechnen, bis man Downtown ist. Aber die Leute, die hier sind, die kommen hier nicht zufällig. Man kann ja nicht einfach in die Schweiz einwandern. Die Leute, die hier hinkommen, die arbeiten hier. Die haben hier einen Arbeitsplatz. Natürlich gibt es auch Asylsuchende und ich glaube, wir sind uns einig, dass die humanitäre Schweiz doch noch Leute aufnehmen soll, die wirklich an Leib und Leben gefährdet sind. Aber ohne Arbeitsplätze gibt es keine Zuwanderung. Oder nicht so eine grosse Zuwanderung. Und jetzt sind genau die Leute, die nachher Steuergeschenke im grösseren Stil machen wollen und den Standort Zürich immer noch attraktiver machen, obwohl Zürich sehr attraktiv ist. Und ja, wenn man das macht, dann muss man sich nicht wundern, wenn sich neue Firmen ansiedeln. Neue Firmen brauchen neue Leute. Vielleicht kommt ein Elternteil, der total gut ausgebildet ist und dort arbeitet, kommt aber auch mit einer Ehepartner:in und mit zwei Kindern. Die brauchen Schule, die brauchen Gesundheitsversorgung und Betreuung und so weiter. Und es ist so ein bisschen, als ob die SVP die Folgen von dem beklagt, was sie selber geschaffen hat. Wir müssen schauen, was wir für einen Kanton Zürich, was wir für eine Stadt Zürich wollen, wie viel Zuwanderung wir noch zusätzlich kreieren wollen.

Ratspräsident, Reto Schindler: Ich bitte dich, Thomas, das Mikrofon für Zwischenfragen zu benutzen.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Wenn du schon das Thema anschneidest, welche Voraussetzungen hat die SVP genau geschaffen und befürwortet, dass die Zuwanderung in den Kanton Zürich namentlich steigt? Und zwar besonders von den Menschen, die keinen Job haben und auf die Sozialhilfe und die Krankenkasse brauchen.

GLP-Fraktion, André Käser: Also die Leute, die hier nicht arbeiten, die können nicht hier bleiben. Ich weiss nicht, ob du schon mal mit dem Migrationsamt zu tun hattest. Ich habe das schon mal gehabt. Es ist im Fall knallhart, in die Schweiz einzuwandern und ohne einen Job zu haben in der Schweiz. ist es sehr schwierig. Aber die ganzen Unternehmenssteuerreformen, die wir hatten und Steuererleichterungen, da müssen wir uns nicht wundern, wenn wir das schaffen. Ich würde auch gerne einfach Steuererleichterungen für die Unternehmen, die in Zürich sind, die schon da sind, finde ich total gut, das kann man machen, da wären wir dabei. Aber mit solchen Massnahmen ziehen wir auch immer mehr ausländische Firmen an, die hierher kommen. Zum Beispiel Google. die gut ausgebildete Leute finden. Und ja, die kommen mit Familie. Bei mir im Haus wohnt eine Familie, eine russische Familie, die bei Google arbeitet. Und ja, die werden gebraucht und die kommen. Aber danke für die Frage. Ich finde es cool, dass wir mal wieder eine Frage haben.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, André Käser, für dein weiteres Votum und dir für die Zwischenfrage, Thomas. Und dann auch wieder für die Antwort vom André Käser. Gibt es weitere Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit gilt die Interpellation als abgeschlossen.

Interpellation 14118; Sandra Eberhard, SVP; Steuerpolitik und wirtschaftliche Lage; Begründung

Sandra Eberhard, SVP und Mitunterzeichnende haben am 2. September 2025 die folgende Interpellation eingereicht:

In den vergangenen Jahren konnte die Stadt Kloten hohe finanzielle Überschüsse erwirtschaften. Aus diesem Grund hat der Stadtrat vor einem Jahr vorgeschlagen, den Steuerfuss ab 2025 von 103% auf 98% zu senken - unter Berücksichtigung der bereits geplanten dringenden Investitionen in den nächsten Jahren. Die Mehrheit im Gemeinderat hat jedoch entgegen dem Antrag des Stadtrates entschieden, den Steuerfuss nur auf 100% zu senken.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage und verschiedener Entwicklungen (wie der internationalen Unsicherheit, der hohen Export-Zollbelastung, steigender Kosten, negativer Bank-Zinsen und der abgelehnten STAF-Vorlage) möchten wir dem Stadtrat im Hinblick auf die Budgetdiskussion 2026 folgende Fragen stellen:

- 1. Steuerfuss 2026: Hat der Stadtrat für das Budget 2026 erneut eine Senkung des Steuerfusses auf 98% geprüft oder ist eine solche Diskussion im Gange? Welche Argumente sprechen derzeit für oder gegen eine Entlastung der Bevölkerung und der Unternehmen im Unterschied zum Stadtratsentscheid im letzten Jahr?*
- 2. Finanzprognose 2025: Wie entwickelt sich das laufende Rechnungsjahr und wie wird das Jahr 2025 voraussichtlich abschliessen - im Vergleich zum Budget? Ist mit einem Überschuss oder einem Defizit zu rechnen, in welcher Grössenordnung?*
- 3. Auswirkungen der abgelehnten STAF-Vorlage: Welche finanziellen Vorteile bleiben der Stadt Kloten erhalten, weil die Unternehmenssteuer nicht auf 6% gesenkt wird, sondern bei 7% bleibt? Welche konkreten Mehreinnahmen (in Steuerprozenten oder absoluten Zahlen) bleibt der Stadt Kloten erhalten aufgrund der Zahlen der letzten beiden Jahre?*
- 4. Zusätzliche Ausgaben: Welche zusätzlichen Ausgaben gegenüber dem Budget 2025 sind aktuell geplant, insbesondere für Projekte und Geschäfte, die nicht bereits in der Planung 2024 enthalten waren?*
- 5. Investitionsübersicht: Welche Investitionen sind derzeit konkret geplant (mit Angabe von Projektname und Betrag)? Welche neuen Investitionen könnten in den nächsten Jahren zusätzlich zur Investitionsplanung 2024 dazukommen?*
- 6. Ausgabendisziplin: Ist der Stadtrat bereit, jetzt und in den nächsten Jahren möglichst auf neue, nicht zwingend notwendige Ausgaben zu verzichten - insbesondere mit Blick auf das geplant grosse Investitionsvolumen, eine stabile Steuerbelastung und auch um finanziellen Spielraum für eine mögliche mittelfristige Steuerentlastung zu erhalten? Wie stellt der Stadtrat sicher, dass nur absolut notwendige Kosten im Budget berücksichtigt werden und wie werden die Gemeinderäte über diese Kosten informiert?*
- 7. Ausweisung gebundener Kosten: Ist der Stadtrat in der Lage für das Budget 2026 alle gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben (Gebundene Kosten) gegenüber den nicht gebundenen Ausgaben zu kennzeichnen und separat auszuweisen (in Prozent innerhalb der Sachgruppen oder absoluten Zahlen)? Falls nicht, wie stellt der Stadtrat sicher, dass es für zukünftige Budgets möglich sein wird?*

8. *Reduktionen: Welche Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um insbesondere bei schon bewilligten und nicht gesetzlich verpflichtenden Ausgaben (inkl. Stellenplan, Kosten Dritter und Verwaltungskosten) Anpassungen zur Sicherung der Investitionsplanung und des Steuersubstrates in Betracht zu ziehen.*

Wir sind uns bewusst, dass diese Fragen zum grossen Teil das Budget 2026 betreffen, wollen jedoch vorab eine Diskussion innerhalb des Stadtrates anregen und eine solide Grundlageinformation erhalten um das kommende Budget informiert zu sondieren.

Wir möchten betonen, dass diese Fragen keine sofortige Forderung nach einer Steuersenkung beinhalten. Vielmehr geht es uns um eine transparente Diskussion zur aktuellen Finanzlage, zur wirtschaftlichen Belastung und zur Perspektive für die kommenden Jahre - insbesondere auch im Hinblick auf neue Geschäfte und im Interesse unserer lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung.

Besten Dank für die fristgerechte Beantwortung meiner Fragen.

Beschluss:

1. Die Begründung der Interpellation wird zur Kenntnis genommen. Die Interpellation wird schriftlich innerhalb der Frist von drei Monaten ab Einreichung beantwortet.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Reto Schindler: *Wir kommen zum nächsten Traktandum. Das ist die Interpellation 14118; Sandra Eberhard, SVP; Steuerpolitik und wirtschaftliche Lage; Begründung. Die Interpellation wurde am 2. September 2025 von Sandra Eberhard eingereicht. Der Ablauf ist folgender: Zuerst die Begründung durch die Interpellantin. Nachher allfällige Stellungnahme des Stadtrats Mark Wisskirchen. Vielleicht gibt es einen Antrag auf Diskussion und eventuell die Stellungnahme der Interpellantin. Sandra Eberhard, ich bitte dich um Begründung bzw. Stellungnahme.*

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: *Geschätzte Ratsleitung, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertreter der Presse und geschätzte Anwesende. Ich begründe heute die vor fast einem Monat eingereichte Interpellation, die sich mit der Steuerpolitik, der wirtschaftlichen Lage und der Ausgabenentwicklung der Stadt Kloten beschäftigt. Warum jetzt oder vor einem Monat? Ich möchte zuerst auf ein paar Stichworte, Sätze, Vorwürfe eingehen. Das Budget kommt ja bald. Warum jetzt? Ja, das Budget kommt gleich, das weiss ich. Ich war aber der Meinung, der Stadtrat soll sich mit der veränderten Ausgangssituation und der Lage nochmal beschäftigen und intern über den Steuerfuss diskutieren, sofern es noch nicht gemacht worden ist, bevor das Budget verabschiedet wird. Die Antworten stehen ja im Budget, allenfalls von gewissen Fragen. Ja, kann man so sehen. Aber nicht alles, ist im Budget drin, was ich frage. Und der Stadtrat soll mir auch eine Auflistung übergeben von den bestehenden geplanten Investitionen und Kosten und den neuen, die dazukommen. Man muss nicht alles einzeln aus dem Budget raussuchen. Fragen im Zusammenhang mit dem Budget können ja gestellt werden, wenn das Budget da ist. Ja, kann man auch. Aber, nicht alle von uns haben das detaillierte Budget. Die Fragen, die ich dann in der GRPK stelle, eigentlich genau eins zu eins von all dem, kann ich nicht öffentlich machen. Oder kann ich in Zukunft die Antworten aus der GRPK heraus veröffentlichen? Die Aussage, Es ist Wahlkampf, habe ich auch gehört. Ja, kann man auch so sehen. Hört man seit mehreren Monaten hier auch schon von Diversen. Man kann es aber auch anders sehen. Man kann auch Arbeit machen und arbeiten, für Kloten eintreten und sich interessieren. Ich hätte diesen Vorstoss genau eins zu eins und das schwöre ich euch, eingereicht wäre es 2026 und nicht vor der Wahl. Also, damit diese Punkte schon einmal geregelt sind und vielleicht einige sich auf die mögliche Begründung einlassen können und sich nicht Gedanken machen müssen, was sie nachher fragen wollen.*

Nochmal, warum jetzt? Weil in wenigen Tagen das Budget im Stadtrat verabschiedet wird, wenn es nicht schon heute gemacht worden ist und weil der Stadtrat schon, wie gesagt, vorher über das Thema diskutieren soll. Wir stehen in einer finanziell entscheidenden Phase. Kloten hat in den letzten Jahren Überschüsse erwirtschaftet, 2025 wahrscheinlich auch wieder. Grosse, bereits geplante Investitionen stehen bevor. Und mit dem Nein zu der Staff-Vorlage, sogenannten Steuergeschenken, wie wir vorher gehört haben, auf kantonalen Ebenen hat sich die finanzielle Ausgangslage erneut verändert. Es braucht jetzt eine klare Priorisierung. Nicht dringend oder zwingend notwendige neue Ausgaben müssen zurückgestellt werden, um unsere grossen, wichtigen, bereits geplanten Investitionen finanzieren zu können. Diese Disziplin ist nicht nur finanzpolitisch sinnvoll, sie ist ein Gebot der Fairness gegenüber dem Steuerzahler. Ich stelle im Namen der SVP-Fraktion und unterstützt durch Kolleginnen und Kollegen von der Mitte unter anderem folgende zentrale und legitime Fragen. Wird eine Senkung des Steuerfusses auf 98% für das Jahr 2026 erneut geprüft? Und welche Argumente dafür oder dagegen werden entschieden, gerade in der heutigen veränderten Lage? Welche finanzielle Auswirkungen hat die abgelehnte Staff-Vorlage auf Kloten? Wie hoch sind die konkret erwarteten Zahlen oder in Steuerprozenten, die man nicht damit gerechnet hat? Welche neuen Ausgaben und zusätzlichen Investitionen sind gegenüber dem Budget 2025 neu geplant, die dazukommen? Wie stellt der Stadtrat sicher, dass nur absolut notwendige Ausgaben ins Budget aufgenommen werden? Und der Klassiker, wie transparent sind Zahlen im Budget gegenüber dem Parlament? Das heisst in Bezug auf gebundene und ungebundene Kosten, wie jedes Jahr. Wir haben mit dieser IP eine fundierte, ehrliche Diskussion über die Finanzstrategie Kloten im Stadtrat anregen wollen, noch vor der Budgetverabschiedung. Wir brauchen einen realistischen Blick auf die Prioritäten, eine klare Ausgabedisziplin, bis diese erreicht werden, und eine offene, verantwortungsvolle, transparente Debatte über die Frage, wann überhaupt eine Steuerentlastung wieder möglich sein wird. Ich erwarte, dass der Stadtrat die Interpellation sachlich, offen und öffentlich beantwortet, damit wir als Parlament fundiert in die Budgetdiskussion einsteigen können und die Antworten und die Ausgangslage auch öffentlich bekannt sind. Und ich erwarte, dass wir in dieser Stadt eine gemeinsame Finanzpolitik betreiben, die auch dem Gewerbe und den KMUs nicht nur Planungssicherheit, sondern auch eine Perspektive gibt. Herzlichen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Sandra Eberhard, für die Begründung deiner Interpellation. Ich frage dich, Mark Wisskirchen, möchte der Stadtrat sofort Antwort geben oder innerhalb von drei Monaten schriftlich antworten?

Stadtrat Mark Wisskirchen: Geschätzte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, geschätzte Interpellantin, Sandra Eberhard. Der Stadtrat gibt schriftlich Antwort, wird aber nicht drei Monate brauchen. Der Stadtrat setzt sich bereits seit April mit dem Budget 2026 auseinander. Und der Gemeinderat oder die Vertretungen, die sich entsprechend interessiert haben für den Finanzplan, die haben bereits im Juni, also vor der Sommerferien, in der Finanzplanung gesehen wie wir in etwa vorgehen werden und wohin es ungefähr zielt. Und zudem hat, das ist richtig, Sandra, heute Morgen der Stadtrat das Budget mit der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung, somit der Festlegung des Steuerfusses, bereits abgenommen. Die schriftliche Antwort der Interpellation, die ist soweit fortgeschritten und wird voraussichtlich nach den Herbstferien am 21.10., dann wenn wir auch in die GRPK kommen und da entsprechend Reden und Antworten stehen, wie jedes Jahr, wird bereits die Antwort im Stadtrat behandelt sein. Und wir denken, wenn wir es im Stadtrat so früh behandeln können, dass wir dann nicht erst in der Budgetdebatte, sondern dass wir die Antwort zur Interpellation dann in allenfalls bereits in der November-Sitzung behandeln können. Also insofern, der Stadtrat hat sich bereits intensiv auseinandergesetzt mit der Interpellation und es wird sicherlich eine spannende Diskussion.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals dem Finanzvorsteher Mark Wisskirchen, EVP, für die Stellungnahme des Stadtrats. Gibt es einen Antrag auf Diskussion? Die Frage ist schon beantwortet. Peter Nabholz streckt sich. Ich bitte dich ans Rednerpult.

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Ich muss jetzt aufpassen. Wir haben im 2020 unser 50-jähriges Parlament gefeiert. Also wir haben in diesem Jahr, 2025, das 55-jährige Bestehen des Parlaments. Das ist eine Schnapszahl. Was mich gerade auf die Schnapsidee der SVP bringt, betreffend Vorstoss. Ich zitiere aus dem Zeitungsbericht vom Klotener Anzeiger vom 18. September. Vielmehr geht es um die transparente Diskussion zur aktuellen Finanzlage, zur wirtschaftlichen Belastung und zur Perspektive für die kommenden Jahre, insbesondere auch im Hinblick auf neue Geschäfte und im Interesse unserer lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung. Sandra Eberhard hat das erwähnt. Transparente Diskussion, endlich. Zum Glück kommt die SVP mit dem Vorschlag, damit die Bevölkerung endlich transparent informiert wird. Bitte. Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen - und jetzt kommt mir gerade in den Sinn, ich habe die Ratsleitung nicht begrüsst, Entschuldigung, und liebe Kollegen, natürlich auch, wertige Gäste Entschuldigung - transparente und öffentliche und auch inhaltliche und ehrliche Diskussion findet nicht hinter verschlossenen Türen statt, sondern da, öffentlich nachvollziehbar durch Protokoll, Finanzplanung von der Stadt Kloten, wo man im Juni, Mark Wisskirchen hat es bereits erwähnt, dem über 300-seitigen Budget und den Wortprotokollen unserer Sitzungen. All das ist in der Bevölkerung jederzeit einsehbar. Mit diesem Vorstoss wird jetzt der Eindruck erweckt und erwähnt, die Offenheit sei nur ausserhalb des Rates möglich. Und stellt damit im Grunde das Parlament als Institution, für meine Vorstellung, infrage. Man sollte doch eher vielleicht eine Initiative von der SVP aus machen, wenn man das Parlament nicht mehr will. Ihr könnt vielleicht die SP fragen, die haben relativ grosse Erfahrungen in Sachen Initiative schreiben. Schon allein die Anmassung, der Stadtrat diskutiert intern wohl schon seit langem über den Steuerfuss, Mark Wisskirchen hat es vorhin erwähnt, diskreditiert diese Institution. Diese Institution, auch mit ihren beiden Stadträten von der SVP, sitzen nicht zum Budget mit allen Stakeholdern und Verwaltungspersonen seit Monaten zusammen, um dann noch schnell irgendwie den Steuerfuss heute Morgen traktandiert an der Stadtratssitzung einzubringen. Und wir haben es gehört, heute Morgen ist der Voranschlag des Stadtrats angenommen worden und eure im Vorstoss gestellte Fragen könnt ihr in diesem Teil nachlesen. Ich habe alle Fragen aufgenommen und notiert, aber ich möchte eigentlich auch nicht zu lang werden. Ich möchte vielleicht zu zwei, drei Sachen herausnehmen, und zwar zur Frage 3. Welche finanziellen Vorteile bleiben der Stadt Kloten, wenn die STAF-Vorlag bei 7% bleibt und nicht auf 6% gesenkt wird? Die 1% haben natürlich grosse Auswirkungen, zum Teil im positiven Sinn in Kloten, da zwei Drittel der Steuereinnahmen ja von den juristischen Personen stammen. Und genau da müssen wir im Moment aber auch aufpassen. Wenn ich jetzt zum Beispiel als Banker den Kursverlauf der Novo Nordisk anschau, ist der Kurswert seit Anfang Jahr um mehr als 50% eingebrochen. Die Firma hat am 30. Juli 2025 über mehrere Finanzmedien ihre Gewinnwarnung kommuniziert. Novo Nordisk hat im Circle ihren Schweizer Sitz und damit hat die Gewinnwarnung möglicherweise auch Auswirkungen auf unser Klotener Budget. Und Novo Nordisk ist nur eine Firma im Circle, die nicht so flughafennah ist und auch eine Unabhängigkeit hat vom flughafen Bereich. Das ist Microsoft, SAP, Oracle, MSD. Mit diesen Ausgangslagen, wie wir sie heute haben, auch mit dieser Steuergeschichte mit Amerika, wird das wahrscheinlich schwieriger. Man wird es sehen, in ein paar Tagen werden wir wahrscheinlich als Gemeinderat das Budget bekommen. Ja, vielleicht noch etwas zur Ausgabedisziplin. Ziel ist es, unnötige Ausgaben zu vermeiden in einer Ausgabedisziplin, Schulden zu begrenzen und die öffentlichen Mittel effizient einzusetzen. Es ist ein zentraler Bestandteil der Haushalts- und Finanzpolitik. Es liegt auf der Hand, dass der Stadtrat und die Verwaltung möglicherweise gegenüber der Fraktion im Parlament unterschiedliche Auffassungen von Ausgabedisziplin haben, weil sie verschiedene Rollen und Interessen vertreten. Im Rahmen der Budgetvorbereitung liegt es an den verschiedenen Fraktionen, ihre Art von Ausgabedisziplin anzuwenden und Kürzungsanträge oder Ausbauanträge zu bringen. Welche Ausgaben zwingend notwendig sind, kommt auf verschiedene Punkte an. Ich habe hier im Beispiel die Geschichte mit dem Zentrum Schluefweg. Ist das Badi-Projekt jetzt zwingend notwendig? Ist es wirklich notwendig? Das Volk kann lediglich über 35,55 Millionen Franken abstimmen, der Rest ist gebunden. Also, sind die 35,55 Millionen zwingend notwendig? Aus der Sicht der Verwaltung und des Stadtrats, ja. Aus der Sicht des Gemeinderates war die Abstimmung am 1. Juli dieses Jahres klar. 24 Befürworter und sechs, die sich der Stimme enthalten haben. Und jetzt wollt ihr eine Antwort auf alle Projekte, die der Stadtrat im Petto

hat. Sollte man nicht weiterhin an der Gemeinderatsversammlung und, in diesem Fall auch aufgrund der Höhe von den 35,5 Millionen, vom Volk abnehmen, liegt es nicht an den gewählten Gemeinderäten selber und nicht, wie im letzten Satz von der Frage 6 von dir, Sandra, erwähntem Stadtrat, das bei jeder Vorlage zu machen. Das ist doch unser Job. Der Präsident Thomas Schneider hat am Speech zu diesem Geschäft am 1. Juli ganz klar gesagt, die SVP ist diesem Geschäft gespalten und wir werden demnach auch jeder und jede so abstimmen, wie sie oder er das für richtig hält. Es wirkt fast so, als will die SVP in Zukunft die fraktionelle Verantwortung, auch wenn sie gespalten ist bei diesem Geschäft, von sich weg zurück in eine Gemeindeversammlung verlagern. Ich denke, die Stärke von unserem Parlament liegt genau darin, dass wir hier breit abgestützte, transparente Debatten führen und auch ehrliche, in denen man sich ein Bild macht, von denen die Medien berichten können und die Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Ich komme zum Schluss. Wer also für Transparenz einsteht, muss das auch im Parlament am richtigen Ort, die Diskussion anerkennen. Und nicht so tun, als ob Transparenz erst durch einen Wahlvorstoss geschaffen wird, der die meisten Fragen auch im Budget beantwortet bekommt, oder ganz einfach in den GRPK Fragen stellen. Wir haben das Detail, das ist richtig, Sandra. Besten Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals dir, Peter Nabholz, FDP, für das Votum. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Philip Graf, SP.

SP-Fraktion, Philip Graf: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Ja, dass über eine Interpellation bereits vor ihrer Begründung im Rat ein öffentlicher Diskurs geführt wird, infolge einer Replik im Klotener Anzeiger, passiert nicht so häufig. Noch seltener ist es, dass bei einer SVP-Interpellation der Diskurs mit einer deutlichen Kritik seitens der FDP lanciert wird, also mitten aus dem bürgerlichen Block. Und am aller seltensten passiert es dann, dass wir uns als SP vollständig hinter die Kritik der FDP stellen können. Inhaltlich möchte ich jetzt nicht gross auf die Interpellation eingehen. Ob die Fragen in diesem Vorschuss sinnvoll sind oder nicht, liegt wohl im Auge der Betrachterin oder vom Betrachter. Aus unserer Sicht bieten die Fragen jetzt nicht wirklich den grössten Mehrwert, aber die SVP soll und darf natürlich solche Fragen stellen dürfen. Die Frage ist eher, wo sind die zu stellen? Heute Morgen, das ist ja bereits schon mehrfach erwähnt worden, ist das Budget vom Stadtrat abgenommen worden. Sprich, das Budget 26 wird in Kürze ohnehin zur Beratung in die GRPK kommen. Und, wie es auch die Interpellantin bereits erwähnt hat, all diese Fragen könnten auch durch die GRPK-Mitglieder, zu denen die Interpellantin selber auch gehört, dort in den Diskurs gebracht werden. Da die Wege über die Kommission wesentlich kürzer sind, dürfte die Antwort zu diesen Fragen in der Kommission wesentlich schneller vorliegen als die Interpellationsantwort, auch wenn man gewisse Fragen erst in ein paar Wochen einreichen kann. Entsprechend gibt es aus zeitlicher Sicht also keinen Mehrwert, nein, eigentlich sogar einen Nachteil, die Frage in Form einer Interpellation zu stellen und nicht über die Kommission einzubringen. Ebenso ist hinsichtlich der Kosten die Interpellation ein viel teurerer Weg, um an die Antworten dieser Fragen zu kommen. Und das finden wir mit dem Hinblick auf die in Frage 6 geforderte Ausgabedisziplin seitens des Stadtrats besonders ironisch. Ebenso kann ich den Punkt mit der Öffentlichkeit so nur bedingt geben. Denn aus irgendeinem Grund gibt es ja eine Budgetdebatte, die ja nicht ohne Grund öffentlich geführt wird. Diese Fragen per Interpellation zu stellen und nicht über die GRPK zu bringen, bringt also folglich eigentlich nur Nachteile mit sich. Ja, weswegen werden denn diese Fragen nicht über die GRPK gestellt, sondern über einen Vorstoss? Und auch, wenn du schon etwas anderes erwähnt gehabt hast, Sandra, für uns kann es eigentlich nur einen Grund dafür geben. Die Antworten einer Interpellation lassen sich Medienwirksam präsentieren, die von ihrer GRPK halt nicht. Wegen dem kann ich der Replik von Nabi aus dem Klotener Anzeiger und seinem Votum vorher nur beipflichten. Es handelt sich bei dieser Interpellation nur um einen puren Wahlkampfvorstoss und nicht weiteres. Liebe Sandra, gerade von einer Person, die sich für das Amt einer Stadträtin interessiert, erwarte ich schon ein bisschen mehr als so einen plumpen Wahlkampf. Und zum Schluss möchte ich noch als grosser Fan von Flachwitz und Wortspiel noch am Nabi für das grossartige Wortspiel mit der Schnapszahl und der Schnapsidee danken.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Philip Graf für das Votum. Als nächstes hat sich Diana Diaz von den Grünen angekündigt.

Grüne Fraktion, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, wie viele andere auch, hatte ich einige Fragezeichen beim Durchlesen von diesem Vorstoss und mich gefragt, wieso wird eine Interpellation eingereicht, wo inhaltliche Fragen, die in den kommenden Wochen sowieso in der GRPK besprochen werden, stellt. Also die Antworten wären in der GRPK, wir haben es schon gehört, wahrscheinlich schneller gekommen, es wäre viel günstiger gewesen, auf jeden Fall. Und wir von den Grünen sehen in dieser Anfrage, ehrlich gesagt, wirklich gar keinen Mehrwert und finden, dass so Doppelspurigkeiten wirklich gut hätten vermieden werden können. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen? Roman Walt, Grünliberale.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Ja, geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, in der GLP vertreten wir eigentlich die Haltung, Fragen stellen darf man immer. Also wir haben ja auch die Interpellation der FDP zum Thema Mietpreise unterstützt. Und auch wir stehen, also wir decken uns da mit der SP, auch wir stehen, wie es der Nabi auch gesagt hat, für Transparenz, Informationen und für eine Entscheidungsfindung, die auf Fakten, belastbaren Zahlen und auf Tatsachen basiert. Warum wir jetzt aber in diesem konkreten Fall die Interpellanten aus der SVP und aus der Mitte mit ihren Fragen nicht unterstützen können und warum auch wir den Vorstoss für momentan unnötig halten, hat verschiedene Gründe. Auf vier möchte ich kurz eingehen. Der erste ist der Zeitpunkt, auch wenn es die Interpellantin vorher versucht hat, in ihrer Begründung nochmal aufzuzeigen, wieso es nicht der falsche Zeitpunkt ist. Die Interpellantin ist ein langjähriges Mitglied hier vom Parlament und von der GRPK. Sie kennt Prozesse und Abläufe wenn es um die Erstellung von Budget geht und sie weiss, wo in dem Prozess wir sind und dass Gemeinderat und Öffentlichkeit das Budget in Kürze bekommen werden. Wir haben es gehört, heute Morgen ist es im Stadtrat beschlossen worden. Die Diskussionen und Arbeit am Budget waren also schon zum Zeitpunkt der Einreichung der Interpellation sehr weit vorgeschritten, eigentlich bereits abgeschlossen. Das Anliegen, an dieser Stelle, zu diesem Zeitpunkt die Diskussionen zum Budget im Stadtrat in Gang bringen zu wollen, ist damit nicht einfach ein paar Tage oder vielleicht Wochen, sondern Monate zu spät gewesen. Zweiter Punkt, Inhalt der Fragen: Mit dem Budget, haben wir auch schon gehört, erhalten Gemeinderat und Öffentlichkeit auch Aussagen zu aktuellen finanzpolitischen Situationen, der Finanzplanung, das haben wir auch schon gehört vom Finanzvorsteher, zu den geplanten Projekten und zu den geplanten Investitionen ist alles sauber im Budget aufgelistet. Seit Oktober, November wird dann auch der umfassende Bericht zur Finanzplanung, wie Mark Wisskirchen schon gesagt hat, wo Parteien schon informiert worden sind, auch noch öffentlich publiziert. Die entsprechenden Dokumente, auch von den letzten Jahren, sind auf der Homepage von der Stadt Kloten zu finden. Gebt dort einfach Finanzplanung in der Suche ein und es wird alles super aufgelistet. Darum sind eigentlich, und auch das haben wir schon gehört, praktisch alle Fragen aus der Interpellation, zu Rück- und Ausblick, zu einer Einordnung im finanz- und wirtschaftspolitischen Sinn, zu den Investitionen, zu den Projekten, all das hat sich eigentlich erledigt, entweder hat sich das bereits erledigt oder wird die Kürze erledigt sein mit entsprechenden Dokumenten. Und die Informationen zu der Staffvorlage, haben wir auch schon angesprochen, kann man auch in der Interpellation von Max Töpfer bzw. der Beantwortung nachlesen. Dritter Punkt zu der gebundenen und der ungebundenen Ausgabe und Ausgabedisziplin. Ich zitiere kurz das Gemeindegesetz, Artikel 103. Ausgaben gelten als gebunden, wenn die Gemeinde durch einen Rechtssatz, durch einen Entscheid eines Gerichtes oder einer Aufsichtsbehörde oder einen früheren Beschluss der zuständigen Organe oder Behörden zu ihrer Vornahme verpflichtet ist und ihr sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt. Das ist ein bisschen Juristendeutsch, aber grundsätzlich verständlich. Dann haben wir in der Gemeindeordnung noch Artikel 33, wo sich Stadtrat und Verwaltung verpflichten, ich zitiere noch einmal: die von der Gemeinde, dem Gemeinderat und dem Stadtrat beschlossenen Leistungen wirkungsorientiert,

wirtschaftlich und zum Wohle der Bevölkerung zu erbringen. Zitat geschlossen. Man könnte, weil gesetzlich geregelt, eigentlich grundsätzlich davon ausgehen, dass sich Stadtrat und Verwaltung auf ihre effektiven Aufgaben konzentrieren und sich neue, nicht gesetzlich geregelte Aufgaben und Projekte, das wären so die ungebundenen Positionen, gemäss der ebenfalls in der Gemeindeordnung regeltem Finanz- und Entscheidungskompetenzen bewegen. Und das sagen wir als GLP als die einzige echte Oppositionspartei da. Wir sind auch nicht im Stadtrat vertreten, noch nicht. Auch ich bin langjähriges Mitglied in der GRPK und die Frage nach den gebundenen und ungebundenen Kosten, Peter Nabholz hat es schon angesprochen, am Beispiel vom Schlufweg, ist immer wieder ein Thema und ich sehe das auch als meine Aufgabe, als Aufgabe der GRPK und auch als Aufgabe des Parlaments an sich, unter den rechtlichen Gesichtspunkten die Arbeit des Stadtrats und der Verwaltung zu kontrollieren, die Zahlen, zu prüfen und dort, wo es nötig ist, die entsprechenden Fragen zu stellen. Auch dazu braucht es die explizite Ausweisung über die Gebundenheit im Budget nicht. Und ich möchte auch ein Beispiel aufgreifen, ich gehe aber nicht auf die Flughöhe des Schlufwegs, sondern, ich sehe es ein bisschen anders. Nämlich wenn man jetzt anfängt, alles auszuweisen, wo zieht denn die Interpellantin Grenzen, wenn es um die Ausweisung der gebundenen und ungebundenen Ausgaben, entweder als Prozentsatz oder in absoluten Zahlen pro Sachbereich, so ist die Frage gestellt, wenn es um das geht. Wenn man nämlich konsequent die Geschichte zu Ende denkt, fallen da beispielsweise auch eine gewählte Papiersorte für den Drucker, ist es Recycling oder Premium-Papier, die verwendete Software, wir haben jetzt Microsoft 365, aber es gibt auch Open-Source-Produkte. Oder auch die Wahl vom Kugelschreiber, eine billige Variante, die nur kurz haltbar ist, oder vielleicht ein bisschen teurere Stifte, die man ein bisschen länger brauchen kann. All das würde auch in diese Diskussion gehen. Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, grundsätzlich nötig, man muss arbeiten können, also gebunden. Aber ich habe es gesagt, wir haben einen hohen Spielraum bei der Umsetzung, also doch nicht gebunden. Und wenn wir jetzt das alles wissen, für was wollen wir das Wissen, dann nutzen. Da eine schlaue, sinnvolle Flughöhe, eine Abgrenzung und einen Detailgrad zu definieren und im Budget auszuweisen, und das bestenfalls bis gestern, weil heute ist das Budget beschlossen worden - ein privates KMU würde bei so einer Forderung von der Stadt, von der Verwaltung, mit einer massiven Bürokratie entsprechend aufschreiben - Aber der öffentlichen Verwaltung darf man das ja zumuten. Sie hat ja nichts anderes zu tun. Und noch kurz der vierte Punkt zu Transparenz und Information. Ich habe es gesagt, GLP steht für Transparenz und Information für Gemeinderat und für Öffentlichkeit. Aber ist das Informationsbedürfnis, resp. dient es der Öffentlichkeit mehr, wenn wir jetzt die Antworten auf die Fragen und eine kurze Debatte da im Rat bei der Beantwortung, in ein PDF packen und irgendwo archivieren? Wäre es nicht zielführender, wenn wir die ganzen verfügbaren Daten, die ganzen Informationen, - wie ich das in einem Vorstoss zum Thema Open Government Data Strategie im März 2021 bereits gefordert hatte – die für uns und für die Öffentlichkeit interessant und wichtig sind, wie beispielsweise Budget und Finanzzahlen, wenn die Daten nicht einfach als plumpes PDF irgendwo publiziert werden, sondern in einer Form, dass sie offen und einfach nachnutzbar sind auf der Stadtwebseite. Da bin ich ganz bei den Interpellanten. Der momentane Aufwand, das aktuell alles zusammenzusuchen, ist schwierig und wenn wir Transparenz und Informationen schaffen wollen, dann ist das der Punkt, wo wir ansetzen müssen. Es wäre ein massiver Mehrwert, hinsichtlich Transparenz und Information, die Daten einfach maschinenlesbar offen zu generieren und zu publizieren, sie über einen Schnittstil abfragen zu können und sie dann vielleicht, da hat es interessierte Bürgerinnen und Bürger, welche da eine App darauf bauen würden, damit man die ganzen Daten auch, allenfalls KI-basiert, abfragen könnte und so den Mehrwert in Transparenz und Information erhöht. Über vier Jahre ist meine Forderung jetzt her. Passiert ist nichts. Man hat mal eine Digitalstrategie angekündigt. Passiert ist leider in dieser Hinsicht nichts. Aber ich schweife, glaube ich, langsam ab. Darum noch einmal zusammengefasst. Die Interpellation kommt aus Sicht der GLP also massiv zu spät, ist nicht wirksam, weder in den Fragen noch in der Forderung für mehr Information und mehr Transparenz. Der Ärger darüber, dass der Gemeinderat bei der letzten Steuerdebatte, der Budget-Debatte die Steuern, nicht wie vom Stadtrat gefordert, gesenkt hat, und ja, um das geht es ja eigentlich nicht, aber vielleicht eigentlich schon. Den Ärger können wir uns dann gerne für die Budgetdebatte aufsparen und dort diskutieren. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roman Walt. Ich sehe, es gibt weitere Wortmeldungen. Pascal Walt, Mitte.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende, wir haben die Interpellation unterstützt. Vieles ist gesagt worden. Einen Punkt finde ich ganz wichtig und zwar bezüglich Planbarkeit. Wir haben es gehört, das Budget schaut ein Jahr nach vorne, da haben wir eine ganze Liste von Projekten, die im 26 am Laufen sind, auch Ausgaben getätigt werden. Wir haben die Finanzplanung, die schaut weiter, ein paar Jahre weiter. Da sieht man auch einige grosse Projekte, die dort mal drin sind, aber das sind wahrscheinlich auch noch nicht ganz alle. Eher die, die schon ein bisschen spruchreif sind. Insofern gibt es jetzt heute mit der Interpellation auch dem Stadtrat die Möglichkeit, dort den Fächern noch ein bisschen aufzumachen und zu sagen, was sind noch alles so für Schwergewichte, die vielleicht nicht gerade in den im Budget drin sind oder in der Finanzplanung drin sind, sondern irgendwann einmal kommen. Es gibt dann auch in der Budgetdiskussion irgendwo ein anderes Gewicht in der Diskussion selber. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. In dem Fall sind wir gespannt auf die Beantwortung des Stadtrats innerhalb von drei Monaten oder wie gesagt auch weniger.

30.09.2025 Beschluss Nr. 132-2025 Interpellation 14119; Thomas Schneider, SVP; Wie geht es weiter mit dem alten Sternen; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation 14119; Thomas Schneider, SVP; Wie geht es weiter mit dem alten Sternen; Begründung

Thomas Schneider, SVP und Mitunterzeichnende haben am 8. September die folgende Interpellation eingereicht:

Kloten baut und verändert sich permanent. Das Auftreten von Kloten als gewichtige Stadt im Kanton wird man sich bewusst, wenn man von Glattbrugg her nach Kloten fährt, Die Profile sind unübersehbar. Ebenfalls von Bassersdorf her wird die Ortseinfahrt umgestaltet. Steht erstmal das Westgate ist auch diese Brache aus dem Ortsbild verschwunden.

Aber im Zentrum steht unerschütterlich der «alte Sternen». Ein traditionsreiches Gebäude, das so manchen Sturm überstanden hat, Nun aber scheint die Zeit des Hauses wirklich gekommen zu sein. Die erhaltenswürdigen Grundmauern trotzen zwar noch dem Wetter aber der Schandfleck in Kloten gehört nun restauriert und dem Ortsbild entsprechend angepasst. Mich stört der Anblick. Obwohl ich entschieden gegen Einflussnahme im Privaten bin, ist es hier meiner Meinung nach nötig.

Daher stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. *Wie sind die aktuellen Besitzverhältnisse auf dem Grundstück?*
2. *Wie lange ist die erteilte Baubewilligung für die Umgestaltung noch gültig, resp wie kann der aktuelle Stand der Arbeiten im Sinne der Fristen in der aktuellen Gesetzeslage interpretiert werden? Gilt der aktuelle Stand als Baubeginn?*
3. *Welche Massnahmen wurden an dem Haus bereits vorgenommen?*
4. *Wie ist der weitere Projektverlauf der Eigentümerschaft geplant?*
5. *Ist die Sicherheit der Fussgänger und des Verkehrs gewährleistet und wie stellen wir das sicher?*
6. *Gibt es ein Interesse der Stadt Kloten das Grundstück und das Gebäude zu erwerben und wie hoch wäre der Wert des Grundstückes aus Sicht der Stadt Kloten?*
7. *Falls die Stadt einen Kauf in Betracht zieht, ist das Ziel das ursprüngliche Gebäude zu erhalten oder das Grundstück mit einem Neubau zu überbauen.*
8. *Wie ist grundsätzlich die Sicht des Stadtrates, des Bauamtes und der Baupolizei auf die Situation?*

Besten Dank für die fristgerechte Beantwortung meiner Fragen

Beschluss:

1. Die Begründung der Interpellation wird zur Kenntnis genommen. Die Interpellation wird schriftlich innerhalb der Frist von drei Monaten ab Einreichung beantwortet.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Traktandum. Das ist die Interpellation 14119; Thomas Schneider, SVP; Wie geht es weiter mit dem alten Sterne?; Begründung. Die Interpellation wurde am 8. September 2025 von Thomas Schneider eingereicht. Der Ablauf ist folgender: Zuerst die Begründung bzw. Stellungnahme durch den Interpellanten. Nachher allfällig die Stellungnahme von Stadtrat Roger Isler und eine allfällige Diskussion im Gemeinderat. Und eventuell noch die Stellungnahme vom Interpellant. Ich bitte dich, Thomas Schneider, um die Begründung.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Sehr verehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, verehrte Ratsleitung, Ratskolleginnen und Kollegen, verehrter Stadtrat, geschätzte Pressevertreter. Ja, wir haben wahrlich eine ein bisschen verwirrende Situation beim Sternen und das erinnert mich ein bisschen an Asterix. Kennen wir alle. So nach dem Motto, ganz Gallien ist von den Römern besetzt. Ein von unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf... Ihr kennt die Geschichte, oder? Die aktuelle Situation in Kloten würde wahrscheinlich etwa so lauten, wenn man schreiben würde: Ganz Kloten modernisiert und urbanisiert sich. Ein von unbeugsamen Besitzern bevölkertes Fleckchen an bester und prominenter Lage hört nicht auf, dem Bagger Widerstand zu leisten. Zumindest sieht es von aussen so aus, aber die Situation im Sternen ist eben nur ein kleiner Teil von dieser ganzen Misere. Und auch da, ja, man könnte da jetzt hier nichts sagen und man kann mir nachher wieder vorwerfen, Wahlkampf, aber es geht halt auch hier um das Öffentlichkeitsprinzip. Wir haben am 8. September aus der SVP-Fraktion die Interpellation eingereicht und sie war tatsächlich nicht ganz unbegründet, rund zehn Tage später hat das Finanzportal Inside Paradeplatz ebenfalls darüber berichtet, dass offenbar da etwas nicht stimmt. Inside Paradeplatz würde aber nicht über eine Ecke bei uns in Kloten berichten, sondern dort geht es darum, dass im Frühling 2024 die Raiffeisenbank Wasserschloss im Raum Baden Millionenkredite abgeschrieben hat. Um Schlimmeres zu verhindern, hat die Bank nachher stille Reserven aufgelöst und ihren Chef rausgeschmissen. Es ging damals um Verluste in Millionenhöhe mit der Firma Steinblick AG, einer lokalen Immobilienentwicklerin. Es gab eine Strafanzeige gegen Steinblick und diese trifft die Verantwortlichen. Das ist mittlerweile auch bestätigt von der Oberstaatsanwaltschaft Aargau. Laut Quelle ist es aber so, dass die zuständigen Verantwortlichen mittlerweile irgendwo im Raum mit Middle-East Fahrzeugen verticken. Es seien Dutzende von Grundbuch-Sperren eingereicht worden, mehrere Immobilien der Steinblick AG wären blockiert. Und laut Informationen würden grosse Baustellen stillstehen, darunter in Wettingen und offenbar auch in Kloten. Anscheinend würden auch mehrere Finanzinstitute um hohe Kredite zittern. Raiffeisen, Valiant, Luzerner Kantonalbank und Wirbank sind nur einige davon. Und die betroffenen Banken hätten mittlerweile auch die Kreditlinie gesperrt. Es gibt Strafuntersuchungen. Es gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung. Ob das Portal wegen der Interpellation, dank der Interpellation oder unabhängig davon, auf den Fall aufmerksam worden ist, das sei jetzt mal dahingestellt. Fakt ist aber, die Fragen kommen aufgrund von dem eine grössere Relevanz über, weil darum geht es nämlich, um die Sicherheit der Menschen, die dort durchlaufen, von Passanten, von Kindergärtnern, da ist die Stadt zuständig. Und es gibt auch einige Franken Steuergeld, die bereits in die Absicherung der Baustelle investiert worden sind. Wie weiter? welches Risiko besteht? Ich bin der Meinung, Entschuldigung, wir sind der Meinung, dass die Bevölkerung darüber Bescheid wissen sollte, auch im Hinblick auf Transparenz im Sinne einer Finanzplanung. Ich würde in diesem Zusammenhang, Roger Isler und ich haben das vorbesprochen, auch an die Verantwortlichen von der Stadt appellieren, weitere Zahlungen mit Vorsicht walten zu lassen und eventuell könnte, das haben wir heute auch schon gehört, ein Kauf des Grundstückes durch Private oder allenfalls auch die Stadt spannend sein. Wir

sehen, der Sternen wird in seiner langen Geschichte um ein Kapitel reicher und die Baustelle, und um auch da mit einem Klassiker abzuschliessen, das alte Haus von Rocky Doky, da bin ich ganz sicher, wird uns in den kommenden Monaten und Jahren in Kloten noch beschäftigen, finanziell oder aufgrund von baupolizeilichen Aufwänden. Ich danke den Verantwortlichen für die Beantwortung der Fragen und es darf auch gerne noch ein bisschen weiter im Kontext geforscht werden. Dankeschön.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals an Interpellant Thomas Schneider für die Begründung. Ich frage Roger Isler als Bauvorsteher, will der Stadtrat die Beantwortung gerade jetzt vornehmen oder innerhalb von drei Monaten schriftlich?

Stadtrat Roger Isler: Danke für die Interpellation. Wir schreiben alles zusammen. Alles, was wir im Klotener Anzeiger und im Zürcher Unterländer schon lesen konnten, können wir jetzt schön aneinanderreihen. Wir ergänzen es noch ein wenig und beantworten es schriftlich.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion im Gemeinderat? Brian Dien, GLP.

GLP-Fraktion, Brian Dieng: Geschätzte Anwesende, Roger Isler hat es jetzt gerade vorweggenommen. Fragen 1 bis 4, die Thomas jetzt stellt, die haben die Medien auch bereits schon interessiert. Und die Antworten haben sie auch schon geliefert, bevor er die Fragen dazu gestellt hat. Aber ich finde auch, die dürfen wir gerne nochmal sauber zusammenstellen und auch mit den Fragen 5 bis 8 ergänzen. Thomas, du hast recht in deinem Interpellationstext. Ich finde auch, der alte Sternen ist inzwischen ein Schandfleck. Und ich möchte einfach nochmal mitgeben bei der Beantwortung, er befindet sich direkt neben dem Schulhaus Dorf. Ich bin auch in die 4. bis 6. Klasse gegangen im Schulhaus Dorf. Zu dieser Zeit habe ich die Baustelle etwas unglaublich Interessantes gefunden. Und meines Wissens ist der Sternen ja genau eingewickelt worden, weil er einsturzgefährdet ist. Also ich möchte mir gar nicht ausmalen, was da passieren könnte. Holz an Langen. Ja, ich hoffe, dass wir mit dieser Interpellation Antworten bekommen und später vielleicht auch Daten, auch wenn eine Interpellation nicht unbedingt gedacht ist, zum Daten zu fordern. Was ich mit Daten meine, ist, wir haben in Kloten aktuell keine Grundlage, so zu sagen, um mit säumigen Bauträgern umzugehen. Ich hoffe, dass der alte Sternen ein Präzedenzfall wird, dass wir nachher eine Handhabung haben. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Brian Dieng, für das Votum. Gibt es weitere Worten aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ah, Entschuldigung. Anita Egg, SP.

SP-Fraktion, Anita Egg: Thomas, vielen Dank für die Interpellation. Aber soviel ich weiss, heisst er nur Sternen und nicht Alter Sternen. Oder ist er jetzt, weil er so aussieht, zum Alter Sternen geworden? Jedenfalls danke für die Interpellation, weil jetzt steht es dann hoffentlich nicht mehr, nur in den Sternen geschrieben, was einmal dort passiert.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke auch dir, Anita Egg, für dein Votum. Gibt es jetzt noch weitere Voten? In diesem Fall nicht mehr. Also in diesem Fall erfolgt die Beantwortung der Interpellation innerhalb von drei Monaten.

30.09.2025 Beschluss Nr. 133-2025 Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Irene Frischknecht ab 01.10.2025

0.3.3 Ersatzwahlen

Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Irene Frischknecht, ab 01.10.2026

Esther Hartmann, FDP hat per sofort ihre Demission als Mitglied des Wahlbüros eingereicht.

Antrag Interfraktionelle Konferenz (IFK):

Die IFK stellt dem Gemeinderat einstimmig den folgenden Antrag:

1. Als neues Mitglied des Wahlbüros ab 01.10.2026 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 wird Irene Frischknecht, Eichweg 17, 8302 Kloten gewählt.

Beschluss

1. Als neues Mitglied des Wahlbüros ab 01.10.2026 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 wird Irene Frischknecht, Eichweg 17, 8302 Kloten stillschweigend gewählt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Traktandum. Das ist Ersatzwahl im Wahlbüro. Esther Hartmann, FDP, hat ihre Demission eingereicht. Ich bitte dich, Diana Diaz, als Präsidentin der IFK um den Wahlvorschlag.

Grüne Fraktion, Diana Diaz: Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, wir haben es gehört, Esther Hartmann hat ihre Demission als Mitglied des Wahlbüros eingereicht und als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 schlägt die FDP Irene Frischknecht, Eichweg 17, 8302 Kloten vor. Die IFK unterstützt den Vorschlag einstimmig.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Diana Diaz für den Wahlvorschlag. Wird der Wahlvorschlag vermehrt oder geändert? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit wird der Wahlvorschlag stillschweigend genehmigt und Irene Frischknecht ist neu im Wahlbüro. Herzliche Gratulation. Dann kommen wir zum Ende dieser Gemeinderatssitzung. Gibt es Einwände zur Sitzungsführung? Auch nicht? Somit läute ich das Glöckchen.

Schluss der Sitzung: 19:15 Uhr

Für die Richtigkeit:

Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Philip Graf
Präsident

Reto Schindler
1. Vizepräsident

Florian Ruosch
2. Vizepräsident